

Kurzinformationen

Papstbotschaft an die Katholiken in der VR China

Am 3. Dezember 1996 wurde eine Botschaft Johannes Pauls II. an die katholische Kirche in der Volksrepublik China veröffentlicht (Osservatore Romano, 4.12.96). Anlaß für die Botschaft war das 70jährige Jubiläum der ersten Weihe chinesischer Bischöfe 1926 in Rom sowie das 50jährige Jubiläum der Errichtung der kirchlichen Hierarchie in China durch Pius XII. im April 1946. Den Text Johannes Pauls II. durchzieht als roter Faden die Mahnung zur Gemeinschaft mit dem Papst als unerläßlichem Element kirchlicher Gemeinschaft. Ohne die vom Staat anerkannte „offizielle“ katholische Kirche in der Volksrepublik ausdrücklich zu nennen, warnt er die chinesischen Katholiken davor, „Vorstellungen von der Kirche“ nachzugeben, die weder dem Willen Christi, noch dem katholischen Glauben und den Überzeugungen der großen Mehrheit der Katholiken in China entsprächen. Der Papst ruft die mit ihm rechtlich in Gemeinschaft stehenden, für die Pekinger Regierung aber „illegalen“ Bischöfe in China dazu auf, einen „Dialog in der Wahrheit der Liebe“ auch mit denjenigen zu führen, die sich in bestimmten Aspekten aufgrund großer und anhaltender Schwierigkeiten von der „Fülle des katholischen Glaubens“ entfernt hätten. Johannes Paul II. sieht in seiner Botschaft das Bemühen der chinesischen Katholiken um volle Gemeinschaft und umfassende Einheit als deren besonderen Beitrag im Zusammenhang mit dem Jubiläumsjahr 2000. An die chinesische Führung wendet sich der Papst mit dem Appell, sie solle „weder vor Gott noch vor seiner Kirche Angst haben“. Ein Jünger Christi könne seinen Glauben in jedem politischen System leben, vorausgesetzt, sein Recht werde geachtet, sich gemäß den Vorschriften des eigenen Gewissens und des eigenen Glaubens zu verhalten. An die politische Führung rich-

tet sich die Bitte Johannes Pauls II., den Katholiken die Mitarbeit für die Entwicklung des Landes durch Achtung der authentischen Freiheit als Recht jedes Menschen zu ermöglichen. Die chinesische Nation habe in der Völkergemeinschaft eine wichtige Rolle zu erfüllen. Die Katholiken könnten dazu einen beachtlichen Beitrag leisten; sie würden dies mit Enthusiasmus und Hingabe tun. Das chinesische Außenministerium reagierte scharf abweisend auf die Botschaft des Papstes, die von dem katholischen Sender „Radio Veritas“ auf den Philippinen nach China ausgestrahlt wurde. Wenige Tage nach Veröffentlichung der Papstbotschaft gab es außerdem Informationen über eine Welle von Verhaftungen von chinesischen Katholiken der „Untergrundkirche“.

Johannes Paul II. empfing kubanischen Staatschef

Johannes Paul II. hat am 19. November 1996 den kubanischen Staatschef *Fidel Castro* zu einer halbstündigen Audienz empfangen. Bei diesem ihrem ersten Treffen lud Castro den Papst nach Kuba ein, den einzigen lateinamerikanischen Staat, den dieser noch nicht besucht hat. Johannes Paul II. hatte sich lange schon einen solchen Besuch gewünscht. Ein konkretes Datum für die Reise steht derzeit noch nicht fest. Eventuell aber soll der Kubabesuch mit einer für Oktober 1997 geplanten Brasilienreise verbunden werden. Nach der Kubareise von Erzbischof *Jean-Louis Tauran*, dem vatikanischen Außenminister, im Oktober 1996 war mit einem Treffen zwischen Castro und dem Papst gerechnet worden. Tauran hatte bei seiner Rückkehr die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Kuba als positiv gewertet. Offiziell war der kubanische Staatschef wegen des Welternährungsgipfels der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen

(FAO) nach Rom gereist (vgl. ds. Heft S. 8f.). Die Audienz habe in einer Atmosphäre des offenen Dialoges stattgefunden, erklärte Vatikansprecher *Joaquín Navarro-Valls*, im Mittelpunkt habe die Normalisierung der Lebensbedingungen der kubanischen Kirche gestanden, das Wirtschaftsembargo gegen Kuba sei nicht angesprochen worden. In einem Interview mit Radio Vatikan betonte Castro die Absicht, mit der Kirche in seinem Lande zusammenarbeiten zu wollen und sich um ein Klima des Vertrauens zu bemühen. Er habe während des Treffens mit dem Papst auch gegenwärtige und frühere Schwierigkeiten zwischen dem kubanischen Staat und der Kirche thematisiert. Auch räumte der Präsident in dem Interview eigene taktische Fehler im Umgang mit der Kirche ein. Die *Kubanische Bischofskonferenz* äußerte sich zufrieden über die Besuchspläne des Papstes. Der Erzbischof von Havanna, Kardinal *Jaime Lucas Ortega y Alamino*, betonte in einer Erklärung: Die Reiseabsicht Johannes Pauls II. zeige anderen mit Kuba in Beziehung stehenden Ländern, daß der Dialog der einzige Weg zur Lösung von Konflikten sei. Dabei unterstrich er auch, daß sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in den vergangenen Monaten verbessert hätten. Aus der Umgebung des Präsidenten war nach dessen Rückkehr aus Rom zu vernehmen, Castro erhoffe sich nach einem Papstbesuch die Aufhebung des seit 1962 bestehenden Wirtschaftsembargos der USA gegen Kuba. Als erste Früchte des neuen Kontaktes zwischen dem Vatikan und Kuba wurde gewertet, daß die kubanische Regierung Ende November rund 40 ausländischen Priestern und Ordensfrauen die Einreise gestattete. Seit mehr als drei Jahrzehnten war keiner so großen Gruppe von ausländischen Geistlichen eine Einreise gewährt worden. Die Zahl der Priester auf Kuba wird derzeit auf 250 geschätzt, die der Ordensfrauen auf 450.

ZdK zu Fragen der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit

Für eine deutliche Erhöhung des Erziehungsgeldes und eine Flexibilisierung des Erziehungsurlaubs hat sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in einer Erklärung seiner Kommission 4 „Ehe und Familie“ unter dem Titel „Gerechter Sozialstaat und Familie. Erklärung zu aktuellen Fragen der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit“ ausgesprochen. Bei der Diskussion um den Umbau des Sozialstaates sieht das ZdK derzeit die klassischen ökonomischen Gesichtspunkte „überbetont“. Im Ziel- und Interessenkonflikt zwischen familien- und sozialpolitischen Anliegen einerseits sowie wirtschafts- und finanzpolitischen Anliegen andererseits erhalte z.Z. eine als notwendig und wünschenswert anerkannte Familienförderung eine „geringere Priorität“. Eine stärkere und breitenwirksame Familienorientierung der Erwerbsarbeitswelt bezeichnet das ZdK als ein Element der Weiterentwicklung des gesellschaftspolitischen Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. Die Stellungnahme skizziert die Lage in Deutschland, was die Vereinbarkeit von Familie und außerhäuslicher Erwerbsarbeit angeht, und diskutiert verschiedene staatliche Maßnahmen zu ihrer Erleichterung. Die Anerkennung außerhäuslicher Erwerbsarbeit für Mütter und Väter wird als „selbstverständlich“ und „richtig“ bezeichnet. Familienarbeit müsse im übrigen „endlich die Anerkennung zukommen, die ihr gebührt“. Weitere Forderungen des ZdKs sind die Abschaffung der Einkommensgrenzen und die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens für das Erziehungsgeld, die Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren sowie die Ermöglichung für junge Mütter, während des Erziehungsurlaubs eine Berufsausbildung abschließen oder sich beruflich nachqualifizieren zu können. Die Vervollständigung des Angebots eines

ergänzenden Landeserziehungsgeldes durch die Bundesländer, die diese Leistung bisher nicht kennen, wird ebenso angeregt wie eine Verbesserung des Angebots an Kindergartenplätzen.

Kontroverse Diskussion über „Common Ground Project“ in den USA

Das im vergangenen Sommer von Kardinal *Joseph Bernardin*, dem unterdessen verstorbenen bisherigen Erzbischof von Chicago, vorgestellte sogenannte „Catholic Common Ground Project“ (vgl. HK, Oktober 1996, 497 ff.) rief in den Vereinigten Staaten in den letzten Monaten ein lebhaftes Echo hervor (vgl. den Wortlaut von Stellungnahmen zahlreicher Bischöfe in: *Origins*, 12.9.96, S. 197 ff.). Der Theologe *Richard McBrien* kritisierte u. a. die Zusammensetzung des das Projekt tragenden Teams, das ihm nicht ausgewogen genug vorkommt. Er vermißte in der Analyse der kirchlichen Lage, wie sie dem Projekt zugrunde liegt, u. a. den klaren Hinweis auf die Verantwortlichkeit zentralkirchlicher Stellen und Amtsträger (vgl. *National Catholic Reporter*, 4.10.96). Kardinal Bernardin setzte sich mehrfach mit Kritikern des Projektes auseinander, so auch in einer Ansprache aus Anlaß der offiziellen Eröffnung der Aktion Ende Oktober (Wortlaut in: *Origins*, 14.11.96, S. 353 ff.). Bernardin trat z. B. der Ansicht entgegen, das Projekt verleihe dem innerkirchlichen Dissens erst die gewünschte Legitimation. Er wandte sich gegen eine allzu pauschale Abwertung von innerkirchlichem Dissens und differenzierte zwischen dessen unterschiedlichen Spielarten. Unter „common ground“ wollte Bernardin nicht einfach den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ bzw. „Kompromiß“ um jeden Preis verstanden wissen, sondern ein „möglichst weitgehendes Verständnis für und möglichst weitgehende Internalisierung von Wahrheit“. Die Befürchtung, das Projekt

könne der „Wahrheit der katholischen Lehre“ schaden, wollte er nicht gelten lassen. Viele der kontrovers diskutierten Themen beinhalteten keine Lehrfragen. Und dort, wo Lehrfragen betroffen seien, gebe es eine Hierarchie der Wahrheiten. Das zentrale Anliegen der Aktion sei „pastoraler“, nicht eigentlich „lehrhafter“ Natur (vgl. *Origins*, 12.9.96, 204 ff.). Kardinal Bernardin hat den Erzbischof von Mobile (Alabama), *Oscar Lipscomb*, zu seinem Nachfolger als Koordinator der Aktion bestimmt.

Elfte Weltmissionskonferenz in Salvador da Bahia

Unter dem Leitwort „Zu einer Hoffnung berufen – Das Evangelium in verschiedenen Kulturen“ trafen sich vom 24. November bis zum 3. Dezember 1996 über 500 Delegierte zur elften Weltmissionskonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen im brasilianischen Salvador da Bahia. In den vier Sektionen: „Authentisches Zeugnis in jeder Kultur“, „Evangelium und Identität in Gemeinschaft“, „Ortsgemeinde in pluralistischen Gesellschaften“ und „Ein Evangelium – verschiedene Ausdrucksformen“ widmeten sich die Teilnehmer der von der „Kommission für Weltmission und Evangelisation“ des ÖRK geplanten und durchgeführten Konferenz der Art und Weise der Verkündigung des Evangeliums in den verschiedenen Kulturen, einer zeitgemäßen Sprache für Verkündigung, kulturellen Konflikten, ausgelöst durch Mission, dem gewandelten Verständnis von christlicher Mission sowie den Konkurrenzkonflikten unter christlichen Kirchen und den Spannungen zwischen Angehörigen verschiedener Religionen. Überdies wurde eine neue Erklärung zu „Mission und Evangelisation“ erarbeitet, die eine frühere Fassung aus dem Jahr 1982 ablösen und der ÖRK-Vollversammlung in Harare 1998 zur Annahme vorgelegt werden soll. In einer gleich zu Beginn der Konferenz veröffentlichten Erklärung hatte der ÖRK den bleiben-